

AußenwirtschaftsNews – USA

06/2025

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur

- Die US-Wirtschaft schrumpfte im ersten Quartal auf Jahresbasis um 0,2 Prozent. Der Rückgang war auf schwache Konsumausgaben und sinkende Exporte zurückzuführen. Die Konsumausgaben stiegen nur um 1,2 Prozent, das ist das schwächste Tempo seit fast zwei Jahren, und die Nettoexporte verringerten das BIP um fast fünf Prozentpunkte, den größten jemals verzeichneten Wert. Hinzu kamen steigende Importe sowie ein Rückgang der Staatsausgaben.
- Die Arbeitsproduktivität in den USA ist im ersten Quartal aufgrund der rückläufigen Wirtschaftsleistung zum ersten Mal seit fast drei Jahren gesunken. Damit endete eine Phase von Zuwächsen, die dazu beigetragen hatten, die inflationären Auswirkungen der Arbeitskosten abzumildern.
- Im Mai 2025 sank die Verbraucherstimmung in den USA auf den zweitniedrigsten Wert seit Beginn der Aufzeichnungen. Dieser Rückgang war auf steigende Inflationserwartungen und Sorgen über die Auswirkungen der Zollpolitik zurückzuführen. Die Verbraucher äußerten weiterhin Bedenken hinsichtlich ihrer persönlichen Finanzen, der Geschäftslage und der Arbeitslosigkeit.
- Der aktuellen [Fortune/Deloitte CEO Umfrage](#) zufolge sinkt der Optimismus der CEOs im Hinblick auf die Unternehmensleistung von 84 Prozent auf 60 Prozent. Mehr als die Hälfte blickt pessimistisch auf die Entwicklung der Weltwirtschaft. Um den zunehmenden Unsicherheiten Herr zu werden, planen CEOs vermehrt in Szenarien und überprüfen ihre Lieferketten.
- Die US-Industrieproduktion ging im April zum ersten Mal seit sechs Monaten zurück. Dies markierte für die durch höhere Einfuhrzölle belasteten Hersteller einen schwachen Start ins zweite Quartal. Der Rückgang der Industrieproduktion um 0,4 Prozent folgte einem nach oben korrigiertem Anstieg von 0,4 Prozent im Vormonat. Der Rückgang im verarbeitenden Gewerbe folgte auf einen kräftigen Anstieg im ersten Quartal, da viele Kunden ihre Bestellungen erhöhten, bevor Trumps Zölle in Kraft traten.
- Die eingehenden Lieferungen im Hafen von Los Angeles – Amerikas geschäftigstem Containerumschlagplatz – gingen Anfang Mai um bis zu 30 Prozent zurück, da die Zölle den Handel behinderten.

- Der Bau von Rechenzentren trug im ersten Quartal um einen Prozentpunkt zum BIP-Wachstum bei. Dies wird dem US-Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren einen starken Rückenwind verleihen.

2 Handels- und Zollpolitik

- Am 04. Juni 2025 traten die von 25 auf 50 Prozent [erhöhten Zusatzzölle](#) auf Einfuhren von Stahl- und Aluminiumprodukten in die USA in Kraft.
- Am 01. Mai 2025 hat die US-Administration eine weitere Untersuchung gemäß Section 232 des Trade Expansion Act von 1962 eingeleitet. Gegenstand der Untersuchung sind Importe von Verkehrsflugzeugen sowie von Triebwerken und entsprechenden Bauteilen. Damit will die Regierung bewerten, inwiefern die Einfuhr dieser Waren die nationale Sicherheit gefährden. Die Untersuchung kann dazu dienen, anschließend Zusatzzölle zu erheben wie dies bereits bei Autos und Autoteilen sowie Stahl- und Aluminiumprodukten der Fall war.
- Gemäß einer [Gemeinsamen Erklärung](#) haben die USA und China eine Senkung der gegenseitigen Zölle beschlossen und sich auf folgende deeskalierende Maßnahmen geeinigt:
 - Die USA setzen 24 Prozentpunkte der sogenannten reziproken Zölle auf chinesische Importe für 90 Tage aus, behalten 10 Prozentpunkte bei und schaffen die restlichen reziproken Zölle ab. Die Zusatzzölle von 20 Prozent auf chinesische Importe, die aufgrund der Fentanyl-Krise verhängt wurden, gelten fort. Somit bleibt ein länderspezifischer Zusatzzoll von 30 Prozent.
 - China setzt ebenfalls 24 Prozentpunkte seiner Gegenzölle auf US-Importe für 90 Tage aus und behält 10 Prozentpunkte seiner Gegenzölle bei. Alle anderen Zusatzzölle werden entfernt. Somit bleibt ein Gegenzollsatz von 10 Prozent.
 - Zudem wird China alle administrativen Schritte ergreifen, um seine nichttarifären Maßnahmen entweder auszusetzen oder zu entfernen, die es seit dem 02. April 2025 gegenüber den USA angewandt hat. Demnach müssten die Ausfuhrkontrollen auf schwere Seltene Erden ausgesetzt oder beendet werden.
- Einnahmen zu generieren ist eine erklärte Motivation der US-Administration für die Zusatzzölle. Die eingeführten Zölle könnten über ein Jahrzehnt hinweg Billionen von US-Dollar an neuen Staatseinnahmen generieren, aber der Nettogewinn würde durch den Schaden der Maßnahmen für die US-Wirtschaft und die wahrscheinlichen Vergeltungsmaßnahmen anderer Länder geschmälert. Je höher die Zusatzzölle, umso geringer der Nettogewinn, so eine [Analyse](#) des Peterson Institute for International Economics.
- Eine weitere Eskalation des transatlantischen Handelskonflikts bedeutet für die EU, Deutschland und die USA Verluste bei Importen, Exporten und dem BIP. In Bayern würde sich das BIP im Szenario „Handelskrieg“ mit gegenseitigen Zöllen in Höhe von 25 Prozent im Schnitt um 0,2 Prozent verringern. Das ist das Ergebnis einer [Studie mit vier Szenario-Analysen](#) im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen.



- Mehr als 70 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen in den USA geben an, dass ihre Betriebskosten durch die Zölle bereits gestiegen sind. Fast alle rechnen jedoch weiterhin damit, in den kommenden Jahren international wachsen zu können. ([HSBC Global Trade Pulse Survey](#) vom Mai 2025)
- Am Rande des OECD-Handelsministertreffens in Paris am 04. Juni 2025 sprachen der US-Handelsbeauftragte Jamieson Greer und der europäische Handelskommissar Maroš Šefčovič über die Handelsverhandlungen zwischen den USA und der EU. Beide äußerten sich anschließend zuversichtlich über die Fortschritte.

3 Allgemeine Politik

- Präsident Trump will die Staatsausgaben um 163 Milliarden Dollar kürzen. Er legte einen Haushaltsentwurf vor, der im nächsten Jahr massive Kürzungen der Bundesausgaben für Gesundheit, Bildung, Wohnungsbau, Umwelt und Entwicklungshilfe vorsieht. Gleichzeitig sollen die Verteidigungsausgaben um 13 Prozent und die Mittel für die Grenzsicherung um 65 Prozent erhöht werden. Das Repräsentantenhaus stimmte dem Haushaltsgesetz knapp mit 215 zu 214 Stimmen zu. Nun wird das Paket im Senat verhandelt und soll bis 04. Juli 2025 verabschiedet werden.
- Das Bureau of Industry and Security (BIS) hat neue Kontrollen bei der Nutzung von aus China stammenden Hochleistungschips – auch in Drittländern – angekündigt. Auch US-Chips zur Entwicklung von KI-Modellen in China oder für Unternehmen mit Hauptsitz in China sollen künftig einer Genehmigung des BIS bedürfen.
- Präsident Trump hat mehrere Verordnungen unterzeichnet, die den Bau moderner Atomreaktoren an Bundesstandorten beschleunigen sollen. Die Betonung des Weißen Hauses auf die Inbetriebnahme neuer Reaktoren markiert einen Wandel in der US-Atompolitik. Die US-Administration wolle einen neuen Reaktor in Betrieb nehmen, bevor Trump Anfang 2029 sein Amt verlässt, sagte ein hochrangiger Beamter des Weißen Hauses gegenüber Reportern. Die Kernenergie genießt parteiübergreifende Unterstützung als kohlenstofffreie Energiequelle, die den steigenden Bedarf von Rechenzentren und der verarbeitenden Industrie decken kann.

Ansprechpartner

Eva Apfel

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482
eva.apfel@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Christoph Kolle

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 646 237 0410
christoph.kolle@vbw.com
www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.